

Volksbank


Volksbank



"1999"





**„Ich habe eine Haltung
und diese Haltung
bedeutet, alles zu tun,
dass es möglichst allen
Menschen zugutekommt“**

Elke Kahr, KPÖ, ist seit 2021 Bürgermeisterin der Stadt Graz. Wir hatten die Ehre, mit ihr für die *Hinterland* ein Interview zu führen. Mit unglaublicher Energie, Herzlichkeit und großer Überzeugtheit erzählte sie von ihren Erfolgen und Vorhaben in der Kommunalpolitik in Graz.

Wie lange sind Sie schon bei der KPÖ und gab es für Ihren Einstieg einen auslösenden Moment?

Ich bin seit 40 Jahren in der Kommunistischen Partei, seit 1993 in der Kommunalpolitik und seit 2005 trage ich Ressortverantwortung für die Stadt Graz. Seit 2012 sind wir die zweitstärkste Partei in Graz.

Einen auslösenden Moment kann ich Ihnen jetzt nicht genau sagen, aber es liegt fast auf der Hand: Ich komme aus einer Arbeiterfamilie

Freiheiten gehabt, also von dem her ist mir es überhaupt nicht schlecht gegangen. Als Mädchen hab ich viel angehen dürfen und mein Vater hat mir sehr viel Selbstwertgefühl gegeben und ihm war wichtig, sich für Frieden einzusetzen und aufrichtig durchs Leben zu gehen.

Ich hab viel gelesen und dadurch viel über Ungerechtigkeiten begriffen. Ich war empört und gleichzeitig hab ich gesehen, dass sich Leute schon immer dagegen aufgelehnt haben und sich für

Gemeinderatsmandat. Die Gespräche haben bewirkt, dass ich von der KPÖ zu Veranstaltungen eingeladen wurde und hingegangen bin. Samstags und sonntags habe ich oft mitgeholfen und gesehen, dass dort eine Gemeinschaft ist von Menschen, die ähnlich denken. Ich habe mich aufgehoben gefühlt und mir hat gefallen, für was sie sich einsetzen. Ernest Kaltenegger hat mich dann gefragt, ob ich mir nicht vorstellen könnte, bei der KPÖ zu arbeiten. Obwohl ich andere Pläne hatte, habe

„Das Gesamtkollektiv braucht niemanden, der obergescheit daherredet“

und aus einem Stadtteil in Graz, wo man als junger Mensch oder als Kind sehr früh gesehen hat, was oben und unten bedeutet.

Ich hab gespürt, dass es nicht wurscht ist, wo du wohnst, wie du wohnst, wo du in die Schule gehst und wie die Leute einem oder deiner Familie gegenüber begegnen. Man kriegt einen Instinkt, heute würde man sagen, irgendwie einen Klasseninstinkt.

Der Grundstein für mein Denken ist in meinem weltoffenen Elternhaus gelegt worden. Ich hab ein tolles Elternhaus mit vielen

Menschenrechte und soziale Sachen eingesetzt haben. Das hat mich sehr beeindruckt und mir wurde klar, alleine kommt man da nicht weiter. Mit 16 Jahren hab ich zu arbeiten angefangen, dann die Abendmatura gemacht. Oft bin ich angedet worden, du redest ja wie eine Kommunistin, ohne dass ich eine genaue Vorstellung davon hatte. Das hat mich neugierig gemacht. Eines Tages hab ich einfach das Telefonbuch aufgeschlagen und geschaut, wo die Kommunistische Partei in Graz ist und bin auf Ernest Kaltenegger gestoßen. Die Partei war damals organisatorisch sehr klein und hatte auf kommunaler Ebene nur ein

mich dann aber dazu entschieden. Und von da haben wir dann in Graz begonnen, die KPÖ aufzubauen und einen eigenständigen Weg zu gehen.

Super, Sie sind ja sehr erfolgreich geworden.

Ja, das ist alles geschenktes Vertrauen – das muss man sich immer wieder aufs Neue erarbeiten. Es ist nichts Selbstverständliches und niemand von uns macht das zum Selbstzweck. Es ist unheimlich viel Arbeit und Einsatz, aber ich habe einen Sinn in dem Ganzen gesehen und das ist bis heute so. Egal, ob ich jetzt

plakatiert, Veranstaltungen organisiert, einen Beitrag für Diskussionen geschrieben oder ob ich Beratungen gemacht habe. Es gibt tausend Felder in einer Organisation, die man machen muss. Wenn du die Verantwortung hast, musst du das selber immer vorleben, damit das Gesamtkollektiv nicht nur jemand hat, der obergescheit daherredet und sagt, wie es gehen soll, sondern du musst selber immer auch mit Hand angreifen. Das ist mein Leben lang so gewesen.

Wie war denn Ihre kommunalpolitische Vision beim Antritt als Bürgermeisterin von Graz im Gegensatz zur politischen Vision für Österreich?

Als kommunistische Partei sind wir Internationalisten. Es geht natürlich immer um die Welt und die großen Fragen und die Haltung dazu – das ist auch mein Interesse. Aber man kann nicht auf hundert Hochzeiten tanzen und man muss die Arbeit tun, wo die Menschen erwarten, dass du etwas vorwärtsbringst. Sich darauf zu konzentrieren ist sicher jedem gut anzuraten.

Visionen ist so ein Wort ... Ich sag eher, ich habe eine Haltung und diese Haltung bedeutet, im Bereich Gesundheit, Soziales, Wohnen, Umwelt, Verkehr, öffentliches Eigentum alles zu tun, dass es möglichst allen Menschen zugutekommt. Das fängt schon bei den freiwilligen Leistungen ohne Ausschlussprinzip der Stadt an. Diese müssen immer für jeden Menschen gelten. Deswegen sind wir auch hier in Graz die einzige Stadt, die freiwillige Leistungen jedem Menschen gibt, egal von wo er kommt, ob Konventionsgeflüchtete*r, Drittstaatsbürger*in, EU-Bürger*in oder Österreicher*in. Alle können bei der Stadt Graz um eine Gemeindewohnung oder kommu-

nale Wohnung ansuchen. Das ist uns ganz wichtig. Denn wir wollen eine soziale Durchmischung und keine Schaffung von Ghettos. Das Grundbedürfnis Wohnen können wir nur lösen, wenn die öffentliche Hand kontinuierlich genügend bezahlbaren Wohnraum mit unbefristeten Mietverträgen schafft. Die Wohnungen sollen auch schön sein und dem heutigen Standard mit genügend Freiraum entsprechen. Seit 25 Jahren sind wir für das Wohnungsamt zuständig und gehen diesen Weg. Wir sind sehr stolz darauf, was wir in dieser Periode geschafft haben und wollen das weiterführen. Jetzt unterstützen wir auch bei der Anmietung von Wohnungen im privaten Wohnungsmarkt bei den Einstiegskosten (1000 Euro Unterstützung für die Kautions).

Wir haben eine Sozialkarte, für momentan circa 15 000 Grazer*innen geschaffen. Damit können sie zum Beispiel die öffentlichen Verkehrsmittel für das gesamte Stadtgebiet für 50 Euro nutzen und sie bekommen eine Jahreskarte für Ermäßigungen bei Jahreskarten für Bäder, Kultureinrichtungen, Sporteinrichtungen. Auch ein Energiekostenzuschuss ist da automatisch enthalten sowie eine Weihnachtsbeihilfe und Schularthilfe. Diese Beiträge werden automatisch auf das jeweilige Konto überwiesen, weil wir Bürokratisierung und dieses Bittsteller*innendasein abschaffen wollen. Die Sozialkarte gilt für ein Jahr, Grundvoraussetzung ist der Bezug einer Wohnbeihilfe oder einer Energiegrundbefreiung.

Wichtig ist uns auch der Ankauf von Grundstücken für mehr öffentlichen Grünraum. Wir wollen auch die Rekommunalisierung einiger Bereiche, beispielsweise einen autarken Energiebereich. Deshalb haben wir beschlossen,

selbst ein Energiewerk zu errichten in Zusammenarbeit mit der Energie Steiermark. Ebenso fördern wir den Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Um diese Summen zusammenzubekommen, senken wir die sogenannten Repräsentationskosten, außerdem reduzieren wir die Präsidialfahrzeuge, aber auch die Parteienförderung. Dadurch können wir diese Kosten zum Teil querfinanzieren.

Was sind ihre Erfolge oder konkrete Veränderungen, auch wenn jetzt schon viel beschrieben wurde?

Das, was wir im Großen denken, probieren wir natürlich kommunalpolitisch zu leben. Dort, wo wir auch die Möglichkeit haben. Wir können ja auf kommunaler Ebene keine Gesetze beschließen, aber wir können all das, wo wir selbst eine Infrastruktur und freiwillige Leistungen schaffen, immer jeden Menschen, egal von wo er herkommt, mit allen Rechten und Pflichten teilhaben lassen. Wir wollen keinen Menschen ausgrenzen oder ausschließen. Das schließt auch Religionen mit ein. Es gibt einen Interreligiösen Beirat. In unserer Periode ist es das erste Mal, dass zum Tag der Religionen auch alle kommen. Ich bin ohne Bekenntnis, dennoch ist es mir wichtig anzuerkennen, dass Menschen, die religiöse Gefühle haben, einen Halt brauchen. Letztendlich haben unterschiedliche Religionsgruppen eine große Gemeinschaft hinter sich, die wir ja als Mitbürger*innen brauchen, wenn wir weiterkommen wollen.

Gibt es auf der kommunalen Ebene Vorhaben, die gescheitert sind, weil ihre Mitregierenden sich dagegen gewehrt haben?

Eigentlich nur in einem Punkt und da sind wir dann beim Geld. Graz hat, wie alle anderen großen Städte, Budgetprobleme und besonders, weil sie vom Land Steiermark und von der Bundesebene sehr schlecht im Finanzausgleich behandelt wird. Dieser Finanzausgleich bedeutet eine komplette Schiefelage und bei dieser Staatsregierung noch einmal mehr, weil auf der Landesebene besteht überhaupt kein Interesse, natürlich, uns auch entgegenzukommen, damit eine kommunistische Bürgermeisterin erfolgreich ist.

Aber wir schaffen es trotzdem recht gut durch Umschichtungen und Schwerpunktsetzungen, die wir für wichtig halten. Und da ist die gemeinsame Klammer unserer Koalition, dass wir einfach die soziale und ökologische Stadtentwicklung im Auge haben.

Und ich geh jetzt nicht her und spar bei den anderen Kolleg*innen, die nicht in der Koalition sind und sag, die kriegen jetzt weniger Geld, damit wir mehr ausgeben können, sondern das sind alles wichtige inhaltliche Bereiche, an denen wir genauso großes Interesse haben.

Aus meiner Sicht wären Entlastungen bei den Betriebskosten stärker notwendig gewesen, zum Beispiel bei den Kanalwassergebühren, wo eine Kommune die Möglichkeit hat, selbst Tarife festzulegen. Wir haben zwar die Gebührentarifierhöhungsautomatik abgeschafft (früher: automatische Erhöhung in jedem Jahr), mussten aber nach dem 1. Jahr ohne Erhöhung diese dann doch wieder erhöhen, weil wir sonst keine Refinanzierung für andere Bereiche an Infrastruktur, die wir brauchen, gehabt hätten. Es gilt also immer, da die Balance zu wahren.

Sprechen wir noch einmal über Geld. Wir fanden es sehr spannend zu lesen, dass Sie, beziehungsweise KPÖ-Mandatsträger*innen einen Teil ihres Gehaltes spenden. Stimmt das so?

Das muss man präzisieren. Ein Gemeinderat ist auch ein Mandatar und gibt die Hälfte seiner Funktionsgebühr (1.800 Euro im Monat), die er erhält, an die KPÖ für die politische Arbeit ab. Er hat kein Berufsverbot und ist kein Berufspolitiker. Er arbeitet und engagiert sich nebenbei. Die Gehaltsregelung gilt nur für Berufspolitiker*innen. Das gab es das erste Mal 1998 in Österreich, als Ernest Kaltenecker Stadtrat wurde. Da hatten wir in Graz also einen Stadtrat und vier Gemeinderät*innen. Damals gab es dann diesen Tag der offenen Konten, wie wir es nennen, und wo das besprochen wurde.

Als Politiker*in bekommt man grundsätzlich in Österreich in den Städten einen sehr hohen Bezug. Stadträt*innen bekommen je 6.300 Euro netto und ich als Bürgermeisterin über 9000 Euro netto. Ernest Kaltenecker hat in seiner Amtszeit (1998-2005) als Stadtrat immer 1/3 seines Gehalts behalten und den Rest Menschen oder Familien gegeben, die dringend Hilfe brauchten oder in einer Notlage waren. 2005 wurde er Landtagsabgeordneter und ich Stadträtin. Ich habe das genauso weitergemacht: Von 6.300 Euro habe ich mir 1.900 Euro behalten und jetzt als Bürgermeisterin behalte ich mir von 9.100 Euro 2.000 Euro netto. Alle drei Monate bekomme ich Urlaubs- und Weihnachtsgeld (14.000 Euro), davon behalte ich mir 4.000 Euro und den Rest gebe ich weiter. Das sind im Jahr fast 100.000 Euro. Insgesamt, seit ich Berufspolitikerin bin, habe ich über 1,1 Mio. Euro von meinem Privatgehalt an

Menschen, die in Notlagen sind, weitergegeben, egal ob Asylbewerber*in, ob Universitätsprofessor*in, Gewerbetreibende*r, Mindestpensionist*in, Alleinerziehende, ob es um Schulkosten, medizinischen Bedarf oder Mietrückstände geht: Wenn ein Mensch in einer Notlage ist, werde ich die Mittel, solange ich sie habe, hergeben. Darüber hinaus geben wir auch von den Verfügungsmitteln, die ich als politische Referentin von der öffentlichen Hand für mein Büro habe, fast die Hälfte an Leute in Notlagen. Auch der Gemeinderatsklub verwendet einen großen Teil dieser Gelder für direkte konkrete Hilfen. Wir geben eigentlich die Steuergelder, die unsere Klubbüros bekommen, an die Leute wieder weiter und zusätzlich hält sich jede*r Berufspolitiker*in an die Gehaltsobergrenze (2.300 Euro).

Wer entscheidet darüber, wer das Geld bekommt?

Ich selber, weil es mein Privatgeld ist. Das darf auch niemand anderer machen. Die Partei kann ja nicht über mein Privatgeld entscheiden. Das wäre so, wenn Sie Ihr Gehalt den Leuten spenden, das entscheiden ja Sie und nicht Ihr Nachbar. Das darf ja gar nicht sein, weil es keine Vermengung geben darf. Ich kann nicht meinen Mitarbeiter*innen in meinem Büro sagen, wie viel Geld sie der Person X geben sollen. Das ist schlicht eine eigene private Entscheidung.

Und hat es Nachahmer*innen in Österreich gegeben?

Nur in der KPÖ natürlich. Der Kollege Dank in Salzburg ist jetzt als Vizebürgermeister der Stadt Salzburg Berufspolitiker und wird dort auch ein gutes Gehalt bekommen und sich ebenso an diese Gehaltsobergrenze halten. Das ist natürlich freiwillig. Die Partei kann

ja beschließen was sie will, wenn ein Mandatar sich nicht daranhält, dann kann sie ihn höchstens beim nächsten Mal nicht mehr aufstellen. Da es aber in unseren Statuten eine Grundlage ist, wird sich auch niemand anders verhalten. Es ist ganz wichtig, dass man sich nicht vom Gehalt des Durchschnitts der Bevölkerung abhebt, um ein Gefühl zu haben, was Teuerungen bedeuten und wie es Leuten geht, andererseits aber auch niemand in der Partei ist, der, weil man gut verdienen kann, Politiker wird.

Noch eine letzte Frage: Erleben Sie Hatespeeches oder Ähnliches aufgrund Ihrer Parteizugehörigkeit und/oder Ihres Frauseins? Wenn ja, wie gehen Sie damit um?

Ich muss ganz ehrlich sagen, so wirklich gehässige Sachen habe ich eher am Beginn, als ich zur KPÖ gegangen bin, erlebt. Die Ressentiments gegenüber Kommunist*innen waren immens hoch. Bei Infoständen vor 35 Jahren mussten wir uns anhören: Geh nach Russland, ihr gehört aufgehängt oder solche Sachen. Da war sehr viel Gehässigkeit und selbst Menschen haben sich oft nicht zum Infostand hin getraut, weil sie dort nicht gesehen werden wollten. Aber das ist schon lange vorbei.

Ich lese kein Facebook und bin kein Mensch, der in dieser Welt des Internets herumschwirrt. Ich habe tausende Kontakte im Jahr, in jeder Woche mit hunderten Leuten persönlich in der Beratung. Ich mache das auch selber und sehr gerne. Persönlich erlebe ich genau das Gegenteil. Selbst Leute, die politisch anders denken oder eine andere Partei wählen, sprechen mir nicht die persönliche Integrität, Mitmenschlichkeit und Freundlichkeit ab. Ich verstell' mich nicht, ich bin genauso. So, wie ich mit Ihnen

rede, so rede ich auch mit anderen, egal, wer da vor mir steht und da bin ich mir eigentlich immer sehr treu geblieben.

Die Menschen haben ein Recht, Dinge anders zu sehen, das ist mein Grundverständnis. Wir leben in einer Demokratie und die Leute dürfen eine andere Meinung haben, solange sie nicht in Rassismus oder in rechtsextremen Positionen, in denen man Leute unterdrückt und diskriminiert, enden.

Und ja, gehässige Postings oder Meldungen von Journalisten oder von anderen Parteien sind auch logisch. Ich werde ja als Antithese zur bürgerlichen Stadt Graz hingestellt: Kommunistin und eine Frau, die aus der Arbeiterfamilie kommt. Aber sie haben etwas Wesentliches nicht begriffen: Die Menschen haben Sehnsucht nach einer integren Politik, nach einer Anständigkeit und nach dem Engagement für Menschen ohne Lobby.

Da sind wir nicht allein, das teilen Millionen Menschen auf der Welt mit uns und diese Sehnsucht ist bei jungen wie bei älteren Menschen groß. Nur den Glauben haben die Leute verloren, dass es möglich ist. Es haben sich mit uns so viele Leute mitgefremt und sind nach wie vor stolz, dass Graz genauso eine Entwicklung genommen hat. Sie sehen, es geht auch anders. Es ist möglich, wenn man die Geduld, die Beharrlichkeit, die Konsequenz und auch die Aufrichtigkeit hat, sich für die Inhalte arbeitender Menschen und für Frieden einsetzen. Man muss nicht mit üblen Tricks in der Politik agieren, es geht auch mit Anständigkeit und Korrektheit. Und das haben wir bisher vorgelebt und das wird sich auch in den kommenden Jahren nicht ändern. Sollten unsere Koalitionspartner aus der Koalition aus-

brechen, dann werden wir uns aber in den wesentlichen Sachen deswegen nicht verbiegen. Bei aller Kompromissbereitschaft, bei allem Wissen, dass die Budgetsituation schwer ist und dass man die Gesamtverantwortung und keinen Parteigoismus haben darf, ist es immer wichtig, in den wesentlichen Fragen sich nicht zu verbiegen oder falsche Kompromisse einzugehen. Die Leute müssen einfach immer wissen, der Kompass und die Worte, die man vorhergesagt hat, müssen hinterher auch gelten und insofern sind wir uns bisher auch treu geblieben.

Vielen Dank für das Interview. Das war ein tolles Schlusswort! ☺

Das Gespräch führten Marianne Walthner und Pezi Novi